



Europa-Infos 04-2006

Eine Zusammenstellung aus Infobriefen, Newslettern und Arbeitsprogrammen rund um die EU

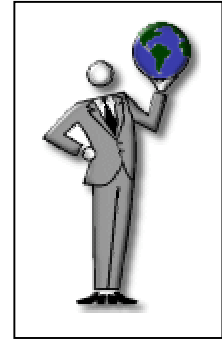
Inhaltsverzeichnis

1. Europa Allgemein	Seiten	1-8
1.1 Kommunikation und Information		
➤ Europäische Kommunikationspolitik		
➤ Journalistenwegweiser		
➤ Besucherdienst der Europäischen Kommission		
➤ EU-Terminvorschau als Service für Journalisten		
➤ Europe by Satellite (EbS)		
➤ Europe Direct		
➤ Euro-Info-Centre Kiel (EIC) und die Investitionsbank in Schleswig Holstein (IB)		
➤ EU-Bürgerbeauftragter		
1.2 Europa in Schleswig-Holstein: Veranstaltungsreihe der IHK		
1.3 Der EU-Haushalt: zähes Ringen um Finanzen		
1.4 Dienstleistungsrichtlinie – ein Kompromiss		
2. Interregionale Kooperation	Seite	9
➤ INTERREG hat Zukunft		
➤ INTERREG III-Projekt Lancewadplan		
3. Bildung und Jugend	Seiten	9-10
➤ Eurodesk: Ostsee-Jugendbüro als neue Servicestelle		
➤ Aktionsprogramm Jugend für Europa		
4. Umwelt	Seite	10
➤ Umweltpolitische Prioritäten für 2006		
5. Städtepartnerschaften	Seite	10
➤ Fristen für Projekte		
6. Gesundheit	Seite	10
➤ Aktionsprogramm für öffentliche Gesundheit		
7. Verkehr / Energie	Seite	11-12
➤ Port Package: Liberalisierung der Hafendienstleistungen		
➤ Grünbuch Energie: Versorgungssicherheit rückt in den Blickpunkt		
➤ Energieeffizienz		
➤ Biokraftstoff		
8. Informationsgesellschaft / Forschung	Seite	12
➤ EU-Förderprogramm eTEN		
9. Wirtschaft	Seiten	12
➤ Europäischer Unternehmerpreis		
10. Veranstaltungen / Veröffentlichungen	Seite	13

1 Europa Allgemein

1.1 Kommunikation und Information

➤ Europäische Kommunikationspolitik



Die EU hat ein Problem: Die Kommunikation mit ihren Bürgerinnen und Bürgern stimmt nicht! Das ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden und gipfelte schließlich in der Ablehnung eines undurchschaubaren Verfassungsvertrages. Aktuelle Eurobarometer-Umfragen bezeugen, dass die Befragten wenig über die EU wissen und den Eindruck haben, kaum oder gar nicht an der Diskussion teilnehmen zu können. Zudem ist in einigen Mitgliedsstaaten die Wahlbeteiligung auf europäischer Ebene enttäuschend niedrig und das Ansehen der EU ist bei den Bürgern ständig gesunken. Jedoch haben die Bürger ein Recht darauf, über Europa und die konkreten Projekte der EU informiert zu werden sowie Wünsche und Meinungen zu äußern.

Um diese Defizite zwischen der EU und ihren Bürgern zu vermindern, hat die Europäische Kommission am 01. Februar 2006 ein Weißbuch (Erläuterung siehe Info-Box auf Seite 3) über die europäische Kommunikationspolitik vorgelegt. Das Weißbuch befasst sich mit den Schwerpunkten

1. Gemeinsame Grundsätze festlegen
2. Die Rolle der Bürger stärken
3. Mit den Medien zusammenarbeiten und neue Technologien nutzen
4. Ein klares Bild von der öffentlichen Meinung in Europa gewinnen
5. Die Aufgabe gemeinsam angehen

In diesem Zusammenhang steht auch der sogenannte *Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion* der Europäischen Kommission, mit dem eine Diskussion zwischen den Bürgern und den demokratischen Organen der EU angeregt und bereits bestehende Initiativen und Programme ergänzt werden sollen. Die Europäische Kommission will mehr auf Dialog statt auf einseitige Kommunikation setzen und auch dezentral statt nur von Brüssel aus tätig werden.

Ziel ist es, mit neuen Foren zu öffentlichen Diskussionen beizutragen, um die „Kommunikationskluft“ zwischen den Bürgern und der EU zu verringern. Außerdem sollen die Schwachstellen in der politischen Bildung behoben werden, denn auch die Medien berichten viel zu wenig oder bruchstückhaft über europäische Themen. Dabei kommt den Medien im Rahmen der europäischen Kommunikationspolitik eine wichtige Schlüsselrolle zu. Besonders das Internet ist ein sehr wichtiges Forum für politische Debatten geworden.

Um diese Probleme zu beseitigen und die angestrebten Ziele zu erreichen, sind alle Mitgliedstaaten der EU zu einer langfristigen Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen aufgerufen. Ebenfalls sollen die Mitgliedstaaten ermutigt werden, ihre Bürger über alle Themen der EU aktiver zu informieren und über Foren mit anderen Bürgern oder den öffentlichen Einrichtungen der EU in Kontakt zu treten und sich auszutauschen. Eine gute Möglichkeit hierfür bieten die Europatage bzw. die Europawoche mit ihren vielfältigen Veranstaltungen, die von lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften, aber auch von Unternehmen und Schulen organisiert werden.

Info-Box „Grünbuch, Weißbuch, Richtlinie und Verordnung“

Grünbuch

Die Grünbücher der Europäischen Kommission sind Diskussionspapiere, die eine öffentliche und wissenschaftliche Debatte über grundlegende politische Ziele in Gang setzen soll. Häufig werden eine Reihe von Ideen oder Fragen aufgeworfen und Einzelne sowie Organisationen zu Beiträgen aufgefordert.

Weißbuch

Weißbücher entstehen meistens aus den Diskussionsbeiträgen der Grünbücher. Ein Weißbuch fasst die konkreten Vorschläge zusammen und zeigt die Maßnahmen für ein gemeinschaftliches Vorgehen auf. Für alle zeitpolitisch relevanten Themen sind europäische Weißbücher erschienen oder werden erarbeitet.

Richtlinie

Eine Richtlinie bzw. EG-Richtlinie bezeichnet einen Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaft, der an die Mitgliedstaaten gerichtet ist und diese zur Verwirklichung eines bestimmten Ziels verpflichtet.

Die Wahl der Methode dafür bleibt dem einzelnen Mitgliedstaat überlassen, so dass er bei der Umsetzung der Richtlinie einen gewissen Spielraum hat. Richtlinien setzen regelmäßig eine Frist, innerhalb derer sie in nationalstaatliches Recht umgesetzt werden müssen. Danach sind alle staatlichen Körperschaften unmittelbar durch diese Richtlinien gebunden. Europäische Richtlinien haben Vorrang vor nationalem Recht.

Die Richtlinie ist die häufigste Form, in der europäisches Recht umgesetzt wird. In Deutschland ist zur Umsetzung einer Richtlinie ein förmliches Gesetz oder eine Verordnung erforderlich.

Verordnung

Die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft binden ihre Adressaten unmittelbar und sind direkt wirksames und bindendes Recht in allen EG-Mitgliedstaaten. Sie müssen nicht von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgewandelt werden, somit entfällt auch die Möglichkeit einer Modifikation. Dadurch unterscheiden sich die EG-Verordnungen von den EG-Richtlinien. Allerdings gehen aber auch die Richtlinien in ihrer Anwendung dem nationalen Recht vor.

Und dies ist unser Beitrag zur Kommunikation: Wir haben für Sie Hinweise zusammengestellt, die Ihnen den Zugang zu „Europa“ erleichtern sollen.

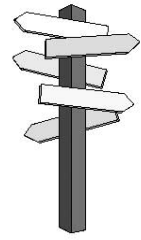


- Sie sind Journalist und suchen die Tagesordnungen der europäischen Kommission?
- Sie möchten ein Projekt mit Hilfe von Fördermitteln finanzieren?
- Sie haben eine allgemeine Frage über die EU?

In den nachfolgenden Themenblöcken erhalten Sie nützliche Informationen und Tipps.

➤ **Journalistenwegweiser**

Die Broschüre „Wegweiser für Journalisten- EU-Recherche leicht(er) gemacht“ soll Journalisten und Journalistinnen die Recherche von Fakten, Hintergrundinformationen wie auch die Kontaktaufnahmen zu den Pressestellen erleichtern.



Politik beeinflusst erheblich das Alltagsleben der Bürger, daher ist auch für Journalisten „Europa“ ein alltägliches Thema, mit dem es sich auseinander zu setzen gilt. Unterstützung erhalten die Journalisten von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland in Berlin sowie von den beiden Regionalbüros der Europäischen Kommission in München und Bonn.

Die Anfragen der Journalisten werden dort an kompetente Gesprächspartner weitervermittelt oder die Mitarbeiter sind bei den Recherchen behilflich. Außerdem bestehen die Aufgaben der Vertretungen darin, für die Journalisten Dokumente zu beschaffen und Termine zu vermitteln. Fernsehjournalisten haben zusätzlich die Möglichkeit, sich kostenfrei Schnittmaterial über das Europäische Parlament zur Verfügung stellen zu lassen.

Mehr Informationen entnehmen Sie bitte aus dem Journalistenwegweiser unter <http://www.europa.eu.int/germany/pdf/Journalistenwegweiser.pdf>

➤ **Der Besucherdienst der Europäischen Kommission**

In Zusammenarbeit mit dem Besucherdienst werden für Journalisten halb- bis zweitägige Informationsreisen nach Brüssel von der Europäischen Kommission organisiert, bei denen die einzelnen Gruppen mit maßgeschneiderten Programmen geführt werden.

Für nähere Informationen senden Sie eine Email an nikola.john@cec.eu.int

➤ **EU-Terminvorschau als Service für Journalisten**

Die EU-Terminvorschau ist ein neuer Service, extra für Journalisten. Auf dieser Seite werden die wichtigsten Themen und Aktivitäten der Kommission sowie die Tagesordnungen der europäischen Institutionen und Besuche von Kommissaren in Deutschland veröffentlicht. Es wird auf wichtige Fristen und Termine hingewiesen, so dass dieser Service den Journalisten das Planen von Besuchen und Teilnahmen erleichtert.

Die Veröffentlichung der zweiwöchigen Terminvorschau erfolgt jeden Freitag auf der Internetseite der Pressestelle der Europäischen Kommission unter <http://www.eu-kommission.de/html/presse/index.asp>

Auf dieser Internetseite können Sie auch die täglichen Pressemitteilungen und die wöchentlichen EU-Nachrichten der Europäischen Union als Newsletter per Email abonnieren. Die Newsletter informieren über aktuelle Beschlüsse und Vorschläge der Kommission.

Eine noch umfassendere Übersicht bietet der EU-Terminkalender mit der Auflistung von Tagungen und Veranstaltungen aller EU-Organe. (<http://europe.eu.int/news/cal-de.htm>)

➤ **Europe by Satellite (EbS)**

Europe by Satellite ist der Fernseh- und Nachrichtendienst der Europäischen Union. Er versorgt Fernseh- und Radiostationen mit aktuellem Pressematerial zur EU. Auch Institutionen untereinander verbindet Europe by Satellite. So können Parlamentssitzungen aus Straßburg live in Brüssel verfolgt werden. Die Übertragungen können über Satellitenschüssel, ausgerichtet auf Eutelsat Hot Bird, sowie im Internet verfolgt werden.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte direkt an Europe by Satellite

Email: europe-by-satellite@cec.eu.int

Tel.: +32 2 299 1173

Fax: +32 2 299 9301

➤ **Europe Direct**

EUROPE DIRECT ist ein Informationsdienst, der speziell für alle Personen eingerichtet wurde, die eine Frage über die EU, ihre Politiker oder Institutionen haben. EUROPE DIRECT informiert zudem auch über Themen im Zusammenhang mit der EU und hilft bei Problemen über Rechte und Möglichkeiten, die ein EU-Bürger hat und wie man sie nutzen kann.

Hierzu wurde eine gebührenfreie Telefonnummer (Tel.: 00 800 67 89 10 11) eingerichtet. 40 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind bemüht, den Bürgern in den 20 verschiedenen Amtssprachen der Europäischen Union auf alle Fragen eine zufriedenstellende Antwort zu geben. Im Falle von sehr spezifischen Fragen verweist EUROPE DIRECT auf die besten Informationsquellen oder Beratungsstellen auf nationaler, regionaler oder sogar lokaler Ebene in der EU.

Sie können EUROPE DIRECT jedoch auch über eine normale, gebührenpflichtige Telefonnummer (+32.2.299.96.96) aus der ganzen Welt erreichen. Sie werden in diesem Fall zunächst mit einem englischsprachigen Mitarbeiter verbunden, der Sie jedoch bei Bedarf zu einem Mitarbeiter, der eine andere offizielle Sprache spricht, durchgestellt.

Oder Sie wenden sich direkt an eines der fast 200 Informations- und Beratungszentren in Deutschland. Diese Zentren finden Sie auf der Webseite <http://www.eu-kommission.de/html/wir/infostellen.asp>

Ihre nächstgelegene Europe Direct-Infostelle in Schleswig-Holstein ist das Euro-Info-Centre in Kiel. Es ist bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein angesiedelt.

➤ **Euro-Info-Centre Kiel und die Investitionsbank in Schleswig Holstein**



Das Euro-Info-Centre Kiel (EIC) gehört zum großen Netzwerk der EU zur Förderung von mittelständischen Unternehmen und ist eines von über 300 Beratungs- und Korrespondenzzentren in Europa, in dem alle EU-spezifischen Fragen durch kompetente Information, Beratung und Unterstützung von den Mitarbeitern beantwortet werden.

Das Euro-Info-Centre Kiel ist bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) angesiedelt. Die IB gilt als zentrales Förderinstitut des Landes Schleswig Holstein und hat sich auf die wachsende Bedeutung regionaler EU-Aktivitäten eingestellt. Sie bietet Dienstleistungen in Angelegenheiten wie Finanzierung, Betreuung und EU-Beratung für Kommunen und Wirtschaft an. Öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig Holstein werden von der IB unterstützt und Privatpersonen sowie Kommunen und Unternehmen werden mit zinsgünstigen Darlehen und fachkundiger Beratung gefördert.



Die Investitionsbank Schleswig Holstein ist seit 1998 mit einem Verbindungsbüro in Brüssel vertreten. Durch die räumliche Nähe zu den Entscheidungsträgern auf der europäischen Ebene können Beratungs- und Betreuungsaufträge der Investitionsbank zu europäischen Themen schnell und effektiv umgesetzt werden.

mehr zu diesem Thema finden Sie hier:

<http://www.eic.de/>

<http://www.ib-sh.de/41/>

<http://www.ib-sh.de/260/>

➤ **EU-Bürgerbeauftragter**

Genau wie es auf der lokalen Ebene Bürgerbeauftragte gibt, besteht auch bei der EU ein Posten, der sich um die Belange der Bürger kümmert. Der Europäische Bürgerbeauftragte befasst sich mit Beschwerden von Bürgern, die sich gegen die Organe und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft richten. Um eine Beschwerde beim Europäischen-Bürgerbeauftragten einreichen zu können, müssen Sie Bürger eines EU-Staates sein oder in einem Mitgliedsstaat leben. Auch Unternehmen oder Verbände, die einen satzungsmäßigen Sitz in der EU haben, haben das Beschwerderecht.

Seit 2003 ist der Grieche P. Nikiforos Diamandouros als Europäischer Bürgerbeauftragter im Amt. Der Jahresbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten erscheint in allen Sprachen der Union und kann auf der Homepage heruntergeladen werden.

mehr zu diesem Thema finden Sie unter:

<http://www.euro-ombudsman.eu.int/home/de/default.htm>

http://www.euro-ombudsman.eu.int/guide/pdf/de/guide_de.pdf

1.2 Europa in Schleswig-Holstein: Veranstaltungsreihe der IHK

Die gescheiterten Referenden über die EU-Verfassung in Frankreich und Holland und die dadurch sichtbar gewordene EU-Skepsis vieler Bürger nahmen die schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern zum Anlass, dieses Jahr unter das Thema „Europa in Schleswig-Holstein“ zu stellen. Eine gemeinsame Auftaktveranstaltung fand am 31. Januar statt. Die mit hochrangigen Gästen besetzte Konferenz wurde in den Räumen der IHK-Flensburg veranstaltet. Redner waren unter anderem die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Danuta Hübner, der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dietrich Austermann und Dr. Willem Noë, der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. Frau Hübner erwähnte in ihrer Rede, dass es bei den europäischen Fonds EFRE und ESF zu Mittelreduzierungen für Schleswig-Holstein und Hamburg kommen könnte. Gleichzeitig hob sie aber hervor, dass die Verteilung der nationalstaatlichen Ebene überlassen wird. Nach den Rednerbeiträgen fand eine Podiumsdiskussion mit Herrn Austermann, Dr. Noë, dem Wirtschaftsattaché der Französischen Botschaft Jean-Pierre Novak und drei Vertretern der schleswig-holsteinischen Wirtschaft statt.

Für die kommenden Monate sind weitere Veranstaltungen geplant. Das Thema wird jeweils die wirtschaftliche Kooperation mit einem Partnerstaat sein. Es wird Veranstaltungen mit dem Thema Estland, Frankreich, Dänemark/Schweden, Polen, Ungarn, Bulgarien, Großbritannien, Niederlande, Spanien, Irland, sowie eine Abschlussveranstaltung im Dezember geben.

Weitere Informationen erhalten Sie auf den Internetseiten der IHKs und bei folgenden Ansprechpartnern:

IHK Flensburg: Volker Seeger, Tel.: (0461) 8 06-132, Fax: (0461) 806-232
E-Mail: Seeger@flensburg.ihk.de
www.flensburg.ihk24.de

IHK Kiel: Werner Koopmann, Tel.: (0431) 5194-208, Fax: (0431) 5194-508
E-Mail: Koopmann@kiel.ihk.de
www.kiel.ihk24.de

IHK Lübeck: Peter M. Weyrauch, Tel.: (0451) 7085-248, Fax: (0451) 7085-4248
E-Mail: Weyrauch@luebeck.ihk.de
www.ihk-luebeck.de

1.3 Der EU-Haushalt 2007-2013: zähes Ringen um Finanzen

Am 16. Dezember 2005 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedstaaten nach langer und harter Verhandlung endlich auf einen Haushaltsrahmen für die nächsten Jahre. Somit war der Finanzstreit nach einer halbjährigen Diskussionsphase beendet.

Das Budget wurde auf insgesamt 862,36 Mrd. Euro festgelegt, dies entspricht 1,045% des europäischen Bruttonationaleinkommens (BNE). Dieser Wert liegt zwischen den Vorschlägen der britischen Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember und dem Vorschlag der luxemburgischen Präsidentschaft vom Juni 2005. Er bleibt allerdings weit hinter den Forderungen des Europäischen Parlaments (1,07%) und der Europäischen Kommission (1,14 %) zurück.

Einer der schwierigsten Verhandlungspunkte war der sogenannte „Brittenrabatt“, an dem im Sommer der Vorschlag der Luxemburger gescheitert war. Ursprünglich waren die Briten nur bereit, eine Verminderung ihres Beitragsrabattes hinzunehmen, wenn im Gegenzug die Agrarsubventionen eingeschränkt werden. Dies scheiterte an Frankreich, dem größten Profiteur dieser Subventionen. Unter anderem durch die Vermittlung von Bundeskanzlerin Angela Merkel konnte man sich schließlich auf einen Kompromiss einigen: Die Briten verzichteten auf einen Teil ihres Rabattes und Frankreich stimmt im Gegenzug einer früheren Überprüfung der Agrarsubventionen zu.

Doch die Erleichterung über den gefundenen Kompromiss währte nur kurze Zeit. Am 18. Januar 2006 lehnte das Europäische Parlament den Haushalt mit klarer Mehrheit ab. Schade für Deutschland, das durch die Neuregelung zusätzlich 300 Mio. Euro erhalten hätte und auch als großer Nettozahler entlastet worden wäre. Nun geht das Ringen um den Finanzrahmen also weiter. Die Einigung auf die Finanzielle Vorausschau 2007 – 2013 bleibt somit die zentrale Herausforderung für die drei europäischen Institutionen Parlament, Rat und Kommission. Das „politische Brüssel“ erwartet zwar eine Einigung im Laufe des Frühjahrs 2006, ein weiteres Scheitern ist aber auch nicht unwahrscheinlich. Gibt es allerdings bis Ende 2006 keine Verständigung auf den Haushaltsrahmen, so wird es erhebliche Finanzierungsprobleme für die Förderprogramme der EU geben. Davon wären auch Schleswig-Holstein, Hamburg und die Metropolregion betroffen.

Was bedeutet die finanzielle Vorausschau für Schleswig-Holstein?

Für die Strukturförderung im Zeitraum 2007 bis 2013 gelten folgende drei Ziele:

- Ziel 1: Konvergenz (Strukturmaßnahmen in wirtschaftlich schwachen Gebieten, deren Bruttoinlandsprodukt unter 75% des EU-Durchschnitts liegt)*
- Ziel 2: Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (keine vorherige Gebietsauswahl, sondern projektgebundene Mittelverteilung über Landesprogramme)*
- Ziel 3: Förderung von interregionalen Kooperationen (altes Interreg-Programm)*

Die finanzielle Vorausschau bestimmt die Ausstattung dieser Ziele mit Fördergeldern. Mit den geringfügig erscheinenden Variationen (Nachkommastellen) bei den Kompromissvorschlägen sind Millionenbeträge verbunden. Außerdem kommt es natürlich darauf an, wie die zur Verfügung stehenden Gelder auf die drei Ziele aufgeteilt werden. Für Schleswig-Holstein ist das Ziel 2 von Bedeutung. Das Land erarbeitet zur Zeit das so genannte „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“. Die Projekte, die unter diesem Programm laufen, werden durch einen Mix aus EU-Geldern, Landes- und Bundesmitteln finanziert. Eine Reduzierung des EU-Strukturfonds hat also unmittelbar Auswirkung auf die Programmgestaltung, aber auch auf Institutionen (EU-Beratungsbüros, Projektgesellschaften usw.), die über EU-Mittel kofinanziert werden. Eine besonders pikante Situation kommt auf die Metropolregion Hamburg zu: aller Voraussicht nach wird es innerhalb des Gebietes zu unterschiedlichen Förderschwerpunkten kommen, weil die niedersächsischen Landkreise des ehemaligen Bezirks Lüneburg in die höchste Förderkategorie Ziel 1 fallen, während die restlichen Kreise und Hamburg in Ziel 2 verbleiben.

1.4 Dienstleistungsrichtlinie – ein Kompromiss

Am 16. Februar wurde die abgeänderte Dienstleistungsrichtlinie vom Europäischen Parlament angenommen. Es stimmten 394 der 638 Abgeordneten für die überarbeitete Fassung. Die Stimmen kamen zumeist aus den Reihen der Sozialdemokraten und Konservativen.

In der neuen Fassung werden ganze Tätigkeitsbereiche, wie etwa das Gesundheitswesen aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen. Die wichtigste Änderung ist jedoch die Einschränkung des sogenannten Herkunftslandprinzips. Es ist zwar noch formal Bestandteil der Richtlinie, allerdings werden in vielen Fällen Ausnahmeregelungen greifen. Für Marktzugang und Ausübung der Dienstleistungen gilt weiter grundsätzlich das Recht am Ort der Niederlassung. Die Empfängerstaaten können allerdings die Einhaltung ihrer Bestimmungen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Umwelt u.s.w. verlangen.

Die CDU/CSU und die SPD begrüßten den Kompromiss und erwarten, dass Deutschland davon erheblich profitieren könnte. Die Grünen lehnten den Kompromiss ab und die europäischen Linksparteien scheiterten mit ihrem Antrag, die Richtlinie komplett zurückzuweisen. Viele Liberale lehnen den Kompromiss, gerade aufgrund der vielen Ausnahmeregelungen, ebenfalls ab.

Die Diskussion über die Dienstleistungsrichtlinie soll unter der österreichischen Ratspräsidentschaft intensiv fortgeführt werden. Im Zeitraum März/April 2006 wird daher mit dem Erlass zweier Mitteilungen gerechnet. Des Weiteren wird die österreichische Ratspräsidentschaft am 20. April 2006 eine Konferenz in Brüssel zum Thema „Soziale Dienstleistungen“ abhalten.

2. Interregionale Kooperation

➤ INTERREG hat Zukunft

Am 27. März fand im Landeshaus in Kiel eine Konferenz zum Thema „Chancen der Ostseekooperation“ statt. Minister Döring stellte die Chancen und Möglichkeiten dar, die sich für Schleswig-Holstein aus einer intensiven Zusammenarbeit mit anderen Ostseeländern und -regionen bieten. Bei dieser Gelegenheit wurde die besondere Rolle der bisherigen Gemeinschaftsinitiative INTERREG als erfolgreiches Raumentwicklungsprogramm gewürdigt. Im Zeitraum 2000 bis 2006 flossen etwa 200 Millionen Euro für konkrete Projekte in die Staaten rund um die Ostsee. Der Finanzstrom soll auch in der folgenden Förderperiode 2007 bis 2013 nicht versiegen. Das Oberziel lautet: Stärkung der Ostseeregion im globalen Wettbewerb. Da die interregionale Zusammenarbeit das neue Ziel 3 der europäischen Strukturförderung ausmachen wird, ist der Weg für gemeinsame Projekte geebnet. Besonders interessant: Die EU erhöht ihren Beitrag von bislang 50 auf maximal 75 Prozent!

Im Mai findet in Malmö eine Projektkonferenz statt, bei der es neben Erfahrungsaustausch und Projektbörse auch einen Ausblick auf das 2007 startende neue Förderprogramm geben wird (siehe auch unter www.bsinterreg.net). Im Herbst 2006 wird die Landesregierung zu einem vertiefenden INTERREG-Workshop einladen.

➤ INTERREG III - Projekt „Lancewadplan“

Am 07. Februar 2006 fand im Dörpshus der Gemeinde Neuendeich im Kreis Pinneberg eine Veranstaltung zum Thema *Lancewadplan* statt. Das Projekt hat zum Ziel, die Kultur- und Landschaftsdenkmäler der Wattenmeerregion zu erfassen (Weitere Informationen siehe Europa-Infos 12-2005). Initiiert wurde dieses Treffen vom Kreis Pinneberg, der die Vertreter der Haseldorfer und Seestermüher Marsch hierzu eingeladen hatte. Auf der Veranstaltung stellten die Ansprechpartner für Schleswig-Holstein, Herr Marx und Herr Malluk vom Archäologischen Landesamt, das Projekt vor. In der anschließenden Gesprächsrunde wurden mögliche Ideen für eigene Beiträge diskutiert. Bis Ende April können die Gemeinden Vorschläge entwickeln, die dann in der Kreisverwaltung gesammelt und an das Archäologische Landesamt geschickt werden. Anschließend wird noch eine weitere Veranstaltung, die vermutlich den ganzen Bereich der Unterelbe mit einbeziehen wird, stattfinden.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der deutschen Internetseite des Projektes:

www.lancewadplan.de

3. Bildung und Jugend

➤ Eurodesk: Ostsee-Jugendbüro als neue Servicestelle

Das Ostsee-Jugendbüro beim Landesjugendring Schleswig-Holstein erhält die Funktion als Servicestelle von „eurodesk Deutschland“. Bei eurodesk handelt es sich um ein europäisches Jugendinformationsnetzwerk, das 27 Länder verbindet. Ziel ist es, Jugendlichen und Verantwortlichen für Jugendarbeit den Zugang zu Europa zu erleichtern und grenzüberschreitende Aktivitäten ins Leben zu rufen.

Kontakt: Eurodesk, c/o Ostsee-Jugendbüro, Tel.: 0431 – 800 9846, info@ostseejugendbuero.de

➤ Aktionsprogramm Jugend für Europa

Das EU-Programm JUGEND richtet sich an Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren und fördert Aktionen in folgenden Bereichen:

- Jugendbegegnungen
- Europäischer Freiwilligendienst
- Jugendinitiativen
- Gemeinsame Aktionen (Aktivitäten als Schnittstellen zu EU-Bildungsprogrammen)
- Unterstützende Maßnahmen (Fachkräfte und Akteure in der internationalen Jugendarbeit)

Die Frist zur Einreichung von Projektvorschlägen läuft bis zum 1. Juni 2006. Weitere Informationen erhalten Sie bei Cornelia Pankratz (Euro Info Centre der Investitionsbank Schleswig-Holstein): cornelia.pankratz@ib-sh.de oder unter www.jugendfuereuropa.de

Hinweis: Am 27. April 2006 findet zu diesem Programm und zum Thema Städtepartnerschaften ein Workshop in Kiel statt ! Weitere Informationen über das Euro Info Centre.

4. Umwelt

EU-Kommissar Dimas hat seine umweltpolitischen Prioritäten für das Jahr 2006 benannt. Demnach stehen folgende Themen und Maßnahmen im Vordergrund:

- Klimawandel (Grünbuch über die Anpassung an den Klimawandel)
- Biologische Vielfalt (Abschluss des Natura-2000-Netzes, Ausdehnung auf die Meeresumwelt)
- Ökoinnovation und bessere Rechtsetzung (Strategien zu Pestiziden und städtischer Umwelt)
- Implementierung des Gemeinschaftsrechts (Programm zur Unterstützung von KMU)

5. Städtepartnerschaften

Durch zielgerichtete Förderung sollen bestehende Städtepartnerschaften intensiviert und neue ins Leben gerufen werden. Gefördert werden Veranstaltungen und Aktivitäten von Städten, Gemeinden und lokalen bzw. regionalen Gebietskörperschaften, die zur Annäherung der Völker und zur Stärkung des europäischen Bewusstseins beitragen. Die Frist für Projekte zur Unterstützung von Städtepartnerschaften, die im Zeitraum 01.10. – 31.12.2006 stattfinden sollen, ist der 01.06.2006.

Weitere Informationen finden Sie auf http://europa.eu.int/comm/townwinning/index_de.html.

Hinweis: Am 27. April 2006 findet in Kiel ein Workshop zum Programm Städtepartnerschaften statt. Kontaktperson ist Cornelia Pankratz (Euro Info Center der I-Bank), Tel.: 0431 – 9905 3270, Email: cornelia.pankratz@ib-sh.de.

6. Gesundheit

Im Rahmen des Gesundheitsaktionsprogramms 2003 bis 2008 hat die EU-Kommission zur Einreichung von Projektvorschlägen aufgerufen. Letzter Termin für das Einreichen von Anträgen ist der 19. Mai 2006.

Alle wichtigen Dokumente finden Sie unter: www.europa.eu.int/comm/health/ph_programme/howtoapply

Im Bereich öffentliche Gesundheit läuft außerdem noch eine Konsultation zum Grünbuch „Promoting the Mental Health of the Population“. **Frist:** 31.05.2006.

7. Verkehr / Energie

➤ Port Package II : Liberalisierung der Hafendienstleistungen

Am 18. Januar 2006 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit den Kommissionsvorschlag zum Port Package II abgelehnt. Somit scheiterte das Port Package schon zum zweiten Mal im Parlament. Offen ist, wie die weitere Zukunft aussieht. Die österreichische Ratspräsidentschaft hat bereits erklärt, sie werde den EU-Kommissionsvorschlag nicht weiter behandeln. Der Versuch, das Thema Hafendienstliberalisierung per Gesetz zu regeln, sollte nunmehr „vom Tisch“ sein. Daher ist davon auszugehen, dass die EU-Kommission das Thema in einen breiten Kontext stellen wird. Vorstellbar wäre beispielsweise die Vorlage eines Weißbuches oder die Formulierung einer neuen europäischen Verkehrspolitik, die das Thema Hafendienstliberalisierung beinhaltet.

➤ Grünbuch Energie: Versorgungssicherheit rückt in den Blickpunkt

Das Thema Energie ist durch die ansteigende Abhängigkeit von Energieimporten und durch eine zunehmend instabile Zuverlässigkeit einiger wichtiger Exportstaaten akut geworden und ganz oben auf der „Aktionsliste“ der EU gelandet. Die Europäische Kommission hat am 8. März 2006 ein umfassendes Strategiepapier zur Energieversorgung in der EU vorgelegt. Mit dem so genannten „Grünbuch Energie“ sollen die Mitgliedstaaten von einer engeren Zusammenarbeit überzeugt werden, um zu einer Versorgungssicherheit zu gelangen. Das Papier gilt als Startschuss für eine neue europäische Energiepolitik und ist die Diskussionsgrundlage für Vorgaben bzw. Gesetzesvorschläge, die alle Energieversorger betreffen werden. So ist zum Beispiel eine Regulierungsbehörde für einen fairen Wettbewerb auf dem Energiemarkt im Gespräch. Außerdem werden EU-weite Ziele für einen nachhaltigen und effizienten Energiemix diskutiert.

Das Grünbuch ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l27037.htm>

➤ Energieeffizienz

Im Bereich der Energieeffizienz haben sich das Europäische Parlament und der Rat auf einen Kompromiss geeinigt. Danach sollen die Mitgliedsstaaten jährlich ihre Endenergieeffizienz um 1 % steigern. Dieses Ziel soll durch nationale Aktionspläne erreicht werden. Allerdings ist die Reduzierung nicht streng verbindlich. Bis Ende Juni 2006 müssen die Mitgliedsstaaten die ersten Aktionspläne vorlegen. Darüber hinaus will die EU-Kommission bis April 2006 einen Aktionsplan „Energieeffizienz“ als Mitteilung vorlegen, die am 8./9. Juni im Rat zu Schlussfolgerungen führen soll.

Weitere Information zum Thema Energieeffizienz erhalten Sie auf der Homepage der Europäischen Union unter: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/s14000.htm#EFFICACITE>

*Hinweis zum Förderprogramm „Intelligente Energie Europa“ (siehe Europa-Infos 12-2005!): Bis zum **28.04.2006** können noch Förderanträge für Veranstaltungen zum Thema „Intelligente Energie – Europa“ eingereicht werden.*

➤ **Biokraftstoff**

Fast ein Viertel der Treibhausemissionen in der EU werden durch den Verkehr verursacht. Diese erhebliche Umweltbelastung würde durch den Umstieg auf Biokraftstoff verringert werden. Zudem ist es für Europa sehr wichtig, seinen Energiebedarf selbstständig decken zu können, um die Abhängigkeit durch den Import von fossilen Brennstoffen aus anderen Ländern zu senken. Ein weiterer Vorteil durch die Nutzung von Biokraftstoffen ist die Schaffung von neuen Absatzmärkten für Landwirte.

Die Erzeugung von Biokraftstoffen könnte in einigen Entwicklungsländern Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft antreiben, indem die Exportmöglichkeiten erweitert werden und die Kosten für Energieimporte gesenkt würden. Somit würde die Einführung von Biokraftstoffen einen wirtschaftlichen wie auch ökologischen Nutzen haben.

http://europa.eu.int/comm/agriculture/biomass/biofuel/index_de.htm

8. Informationsgesellschaft / Forschung

➤ **EU-Förderprogramm eTEN**

Das Programm eTEN unterstützt den Aufbau elektronischer Dienste und die Einrichtung vernetzter Dienstleistungen mit europäischer Dimension und öffentlichem Interesse. Die förderfähigen Themen umfassen elektronische Gesundheitsdienste (eHealth), elektronische Behördenleistungen (eGovernment), elektronisches Lernen (eLearning), Unterstützungsdienste für kleine und mittelständische Unternehmen etc.

Projektvorschläge müssen bis zum **19. Mai 2006** bei der Europäischen Kommission eingereicht werden. Adresse: Generaldirektion Informationsgesellschaft, eTEN-Sekretariat, BU 31 02/71, B – 1049 Brüssel. Die nationale Kontaktstelle ist die ZENIT GmbH in Bonn, Wolfgang Michels, Tel.: 0208 – 30004 41, E-Mail: info@zenit.de, Internet-Adresse: www.zenit.de

Weitere Informationen zum Programm erhalten Sie auch bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Kontaktperson ist Cornelia Pankratz, Tel.: 0431 – 9905 3270, E-Mail: cornelia.pankratz@ib-sh.de

9. Wirtschaft

Die Europäische Kommission zeichnet im Jahr 2006 erstmals herausragende Leistungen lokaler und regionaler Behörden, Institutionen und Vereinigungen mit einem Unternehmerpreis aus. Prämiert werden Maßnahmen und Konzepte, die die Schaffung eines unternehmerfreundlichen Umfelds fördern und die unternehmerische Tätigkeit anregen. Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie fungiert das Institut für Mittelstandsforschung Bonn als nationaler Ansprechpartner. Weitere Hinweise gibt es auf der Website: www.ifm-bonn.de. Teilnahmechluss ist der **31. Mai 2006**.

Ausführliche Informationen zum Wettbewerb und zu den Europäischen Unternehmerpreisen finden Sie auch unter www.european-enterprise-awards.org

10. Veranstaltungen / Veröffentlichungen

- Vom 5. bis 14. Mai 2006 findet die Europawoche in Schleswig-Holstein statt. Thema: „Ich bin ein Europäer“. Es gibt interessante Workshops, Seminare, Lesungen und Gesprächsrunden, an denen sich Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligen. Die Koordinierung obliegt der Europa-Union und der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein. Näheres hier: www.europa-union-sh.de/europawoche.html
- Der nächste IZET-Europatag findet am 8. Mai im Innovationszentrum Itzehoe statt. Dort werden schleswig-holsteinische Unternehmen und Forschungseinrichtungen über aktuelle Fördermöglichkeiten informiert. Kontakt: Thomas Schmidt, Tel.: 04821 – 778 512.
- Europatag auch in Pinneberg! Die IGS Thesdorf ist als eine von fünf Schulen des Landes ausgewählt worden, einen Europatag zum Thema „Europa ist DEINE Zukunft“ durchzuführen. Die Veranstaltung findet am 25. April 2006 statt und wird vom Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein unterstützt. Es sind Diskussionsrunden, Arbeitsgruppen und Info-Stände zu verschiedenen aktuellen Europathemen und zu europäischen Partnerschaften vorgesehen. Organisator der Europatage an Schulen ist das Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ) in Bonn. Infos: www.ipz-bonn.de

In eigener Sache

Meinungen, Hinweise und zusätzliche Informationswünsche richten Sie bitte gerne an:

Andreas Thaler
Nadine Mikula

Tel.: 04101/ 212 327
Tel.: 04541/ 888-433

Mail: a.thaler@kreis-pinneberg.de
Mail: mikula@kreis-rz.de